

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

40. Jahrestag der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968

In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 wurde durch eine militärische Intervention mehrerer Warschauer-Pakt-Staaten unter Führung der Sowjetunion in der „Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik“ (ČSSR) der sogenannte „Prager Frühling“ gewaltsam beendet. Mit „Prager Frühling“ (*Pražské jaro*) – ursprünglich der Titel eines seit 1946 jährlich im Mai stattfindenden Musikfestivals in Prag – wurde der von Januar bis zum August 1968 von der Führung der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei (KPČ) unternommene Reformversuch, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu praktizieren, bezeichnet. Er gehört neben den Volksaufständen 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn zu den wichtigsten – von der Sowjetunion mit militärischer Gewalt beendeten – Versuchen zur Überwindung des sowjetischen Sozialismus-Modells in den Staaten Ostmitteleuropas zwischen 1945 und 1989.

Der als „Prager Frühling“ benannte Reformprozess in der ČSSR – dem eine politische, gesellschaftliche und ökonomische Krise des Landes vorangegangen war – wurde durch einen innerparteilichen Kurswechsel der KPČ unter dem slowakischen Parteichef Alexander Dubček in Gang gesetzt. Dubček löste als Vertreter des Reformflügels der Partei auf dem so genannten Januartreffen des Zentralkomitees (ZK) der KPČ vom 3. bis 5. Januar 1968 Partei- und Staatschef Antonín Novotný – ein Vertreter des konservativen Flügels – als 1. Sekretär der KPČ ab. Wenige Wochen später verlor Novotný auch das Amt des Staatspräsidenten. Dem Reformflügel der KPČ gelang es bis zum Frühjahr 1968, sich in den Führungsgremien der Partei und in einer neu gebildeten Regierung unter Ministerpräsident Oldřich Černík personell und inhaltlich durchzusetzen. Die Reformkommunisten unter Dubček leiteten einen Prozess der Liberalisierung und Demokratisierung innerhalb des sozialistischen Systems der ČSSR ein. Zu den ersten Reformmaßnahmen zählten die stufenweise Aufhebung der Zensur, die Ablösung von alten Führungskadern und die Beschleunigung der Rehabilitierung von Opfern politischer Verfolgung der 1950er Jahre. Mit ihrem am 5. April 1968 beschlossenen „Aktionsprogramm“ beabsichtigte die KPČ, ihr bisheriges Machtmonopol erheblich abzubauen. Dazu gehörten unter anderem die partielle Akzeptanz von Privatisierungen in der Wirtschaft und die Anerkennung der bürgerlichen Grundfreiheiten wie Rede-, Reise- und Versammlungsfreiheit wie auch der Freiheit von Wissenschaft, Kultur und Medien. In einer Regierungserklärung vom 24. April 1968 wurde die Aufhebung der Zensur, die Rehabilitierung von Opfern politischer Verfolgung, die Erweiterung der Reisefreiheit und wirtschaftliche Reformen angekündigt.

Die von Dubček betriebene Reform des sozialistischen Modells stieß in der Mehrheit der Bevölkerung auf große Zustimmung. Vor dem Hintergrund der Entwicklung eines neuen Klimas der freien öffentlichen Debatte – durch die Aufhebung der Zensur entscheidend gefördert – entstand in der Tschechoslowakei ein zivilgesellschaftlicher Aufbruch, der dem „von oben“ angestoßenen Reformprozess eine große Eigendynamik „von unten“ in Richtung von mehr Freiheit und Demokratie verlieh. Sichtbarster Ausdruck dafür war das am 27. Juni 1968 vom Schriftsteller Ludvík Vaculík verfasste und von zahlreichen Persönlichkeiten unterschriebene „Manifest der 2000 Worte“, in dem die entschlossene Fortführung und Ausweitung des Reformprozesses gefordert wurde.

Reaktion der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten

Obwohl der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew die Ablösung von Novotný durch Dubček zunächst begrüßt hatte, nahm von Seiten der Moskauer Parteiführung wie auch der sozialistischen Parteiführungen aus Ungarn, Polen, der DDR und Bulgariens das Misstrauen ge-

genüber dem Prager Reformkurs schnell zu. Auf mehreren Treffen und Konferenzen, an denen teilweise auch Vertreter der KPČ teilnahmen, wurde die Situation in der ČSSR thematisiert. Ergebnis dieser Konferenzen war die entschiedene Ablehnung und Verurteilung der Politik der KPČ als „konterrevolutionär“ und als eine „Gefahr für den Sozialismus“. Dabei wurde zunächst gegenüber der KPČ auf eine „freiwillige“ politische Lösung zur Beendigung des Reformprozesses und zur Wiederherstellung des Machtmonopols der KPČ gesetzt. In einem gemeinsamen Brief vom 15. Juli 1968 forderten die Parteichefs der Sowjetunion, Bulgariens, Polens, Ungarns und der DDR – die „Warschauer Fünf“ – die Führung der KPČ ultimativ zu einer Kurskorrektur auf. Bereits im Frühjahr 1968 war eine militärische Lösung der „tschechoslowakischen Frage“ als Ultima Ratio in Erwägung gezogen und in den Monaten vor dem Einmarsch mehrere gemeinsame Militärmanöver durchgeführt worden. Aus Sicht der Sowjetunion stellte der „Prager Frühling“ und mit ihm ein möglicher Austritt der ČSSR aus dem sozialistischen Lager eine Gefahr für Ihre Sicherheitsinteressen dar. Im November 1968 legitimierte Breschnew nachträglich den Einmarsch in die ČSSR mit der „Breschnew-Doktrin“, welche von der „beschränkten Souveränität“ der sozialistischen Staaten im Falle einer Bedrohung für das sozialistische Staatensystem ausging und eine Einmischung von außen rechtfertigte.

Die Niederschlagung „des Prager Frühlings“

In der Nacht vom 20. zum 21. August rückten Kampftruppen aus der Sowjetunion, Bulgarien, Ungarn und Polen in die Tschechoslowakei ein, um den friedlichen Reformversuch des „Prager Frühlings“ gewaltsam zu beenden. Verbände der Nationalen Volksarmee der DDR waren nicht an der Intervention direkt beteiligt, doch wurden sie auf DDR-Territorium in Gefechtsbereitschaft gehalten. Die Reformkräfte unter Dubček verurteilten die Invasion. Gleichzeitig entschieden sie sich, keinen militärischen Widerstand zu leisten und die Bevölkerung zur Ruhe aufzurufen. Diese stand der massiven Truppenpräsenz – der mit zivilen Widerstandshandlungen begegnete wurde – ohne eine realistische Chance auf ernsthafte Gegenwehr gegenüber. Bei der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ verloren fast 100 Tschechen und Slowaken ihr Leben. Dubček und andere hochrangige Regierungs- und Parteifunktionäre wurden inhaftiert und nach Moskau gebracht. Nach mehrtägigen „Verhandlungen“ wurde am 26. August 1968 auf Druck der sowjetischen Parteiführung das „Moskauer Protokoll“ unterzeichnet, mit dem unter anderem die Zurücknahme der Reformen und die Stationierung sowjetischer Truppen festgelegt wurden. Zwar durfte Dubček nach seiner Rückkehr sein Amt als 1. Sekretär der KPČ vorerst behalten, doch faktisch setzte mit Hilfe Moskaus der konservative Flügel der KPČ einen Prozess der Restauration in der ČSSR in Gang. Im Zuge der Politik der „Normalisierung“ wurden die Reformer aus ihren Positionen verdrängt, mehrere Hunderttausend Mitglieder aus der KPČ ausgeschlossen, Berufsverbote verhängt und zahlreiche Bürger in politischen Prozessen verurteilt. Am 17. April 1969 wurde Dubček als Parteichef der KPČ durch Gustáv Husák abgelöst. 1970 verlor er seine sämtlich ihm verbliebenen Ämter und Funktionen und wurde zudem aus der Partei ausgeschlossen.

Entwicklung nach 1989

Im Verlauf der „Samtenen Revolution“ in der Tschechoslowakei im Spätherbst 1989 wurde Alexander Dubček rehabilitiert. Er wurde wieder politisch aktiv und am 28. Dezember 1989 zum Präsidenten des tschechoslowakischen Bundesparlamentes gewählt. Im Jahr 1992 starb er an den Folgen eines schweren Autounfalls. Im Gegensatz zu Dubček forderten die Anhänger des friedlichen Umbruchs von 1989 mehrheitlich demokratische und marktwirtschaftliche Strukturen und nicht Reformen auf Basis des sozialistischen Systems. Heute wird die historische Bedeutung des „Prager Frühlings“ insbesondere in den Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei unterschiedlich interpretiert. Sehen zum Beispiel einige den „Prager Frühling“ als eine lediglich interne Auseinandersetzung innerhalb zweier Fraktionen der damaligen KPČ an, so schätzen andere die Ereignisse im Jahr 1968 als einen wichtigen Vorläufer des friedlichen Umbruchs in den Ländern Ostmitteleuropas im Jahr 1989 ein.

Quellen:

- Bundeszentrale für politische Bildung (2008). Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 20/2008. Prag 1968, Online-Version: <http://www.bpb.de/files/X86YIA.pdf> [Stand: 04.08.2008].
- Karner, Stefan; Georgievna; Tomilina, Natalja; Tschubarjan, Alexander u.a. (2008). Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr. Beiträge, Band 1, Wien, Köln.
- Meyers Lexikon online (2008). Prager Frühling. http://lexikon.meyers.de/meyers/Prager_Fr%C3%BChling [Stand: 04.08.2008].

Verfasser: RR z.A. Kolja Bartsch / André Schmiljun (Prakt.), Fachbereich WD 1, Geschichte, Zeitgeschichte und Politik